

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

G D E

Keine Arbeitszeitverkürzung

Stegerwald tritt den Rückzug an — Was sagen die Gewerkschaften?

Eine begrabene Hoffnung

Wieder müssen die freien Gewerkschaften eine mit viel Liebe gehegte Hoffnung begraben. Schon auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß hatten sie erwartet, daß ihnen der anwesende Reichsarbeitsminister Stegerwald das Geschenk einer Arbeitszeitverkürzung auf den Kongreß legen werde. Leipart war sogar bescheiden genug gewesen, dies nicht für die gesamte Industrie, sondern nur für einzelne Zweige zu fordern. Doch Stegerwald bereitete dem Kongreß eine arge Enttäuschung. Er sparte zwar nicht an Worten und eindringlichen Gesten, aber doch nur, um im Grunde genommen nichts zu sagen. Alles, was sich aus der Rede herausdestillieren ließ, war ein Versprechen, demnächst auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung tatsächlich etwas zu tun. Mangels Besseren nahm man am Vorstandstisch mit dieser Erklärung Genüge, wenn man auch durchblicken ließ, daß man den Spatz in der Hand der Taube auf dem Dache vorgezogen hätte.

Der ersten Enttäuschung ist nun die zweite gefolgt. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat dieser Tage, wie der ihm nahestehende

„Gewerkschaftliche Pressedienst“ mitzuteilen weiß, in einem Schreiben an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zwar wiederum zum Ausdruck gebracht, daß er vom Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus eine Verkürzung der Arbeitszeit überall da, wo sie technisch möglich und wirtschaftlich tragbar sei, nach wie vor für dringend erwünscht halte, zugleich aber auch erklärt:

Im Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Vorschriften der Notverordnung vom 8. Dezember v. J. sei es jedoch ratsam,

die Ermittlungen über eine zwangsweise Arbeitszeitverkürzung zunächst zurückzustellen.

Wenn die Arbeiten für eine behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden könnten, würde von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsichtlich der Lohn- und Preisgestaltung, und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen. Der Reichsarbeitsminister behält sich vor, mit den Spitzenverbänden der

Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu geeignet erscheinender Zeit wieder in Verbindung zu treten.

Da dieser Meldung ausdrücklich hinzugefügt wird, daß die Richtigkeit der sinn-gemäßen Wiedergabe des Schreibens „von zuständiger Seite“ bestätigt wurde, so ist jeder Zweifel über die weiteren Absichten Stegerwalds beseitigt: die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben und alles Hoffen auf eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch das Brüning-Kabinett ist eitel. Derjenige, für den die Welt nicht allein aus Illusionen besteht, konnte eine andere Erwartung auch gar nicht hegen. Die ausreichenden Erklärungen Stegerwalds in Frankfurt schlossen eine solche von vornherein aus. Vollends mußte zu denken geben, daß die jüngste Notverordnung die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht einmal mit einem einzigen Wort erwähnt hat.

Die Situation, in der sich die Gewerkschaften befinden, ist somit klar: die Arbeitszeitverkürzung wird von ihnen erkämpft oder sie wird nicht kommen.

Ein korrekter Beamter

† Berlin, 5. Januar.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg hatte sich am Dienstag ein in weiten Kreisen unbekannter Schriftsteller, Josef Sonntag, wegen eines Artikels zu verantworten, der in seinem anscheinend unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Organ, den „Grünen Briefen“ erschienen ist. Er hatte darin dem Reichspresseschef Dr. Zechlin, der politisch bei der Sozialdemokratie organisiert ist, den Vorwurf gemacht, daß er im Dienste der Antifaschistischen Liga arbeite, daß er Italien gegen Angriffe in der deutschen Presse nicht genügend verteidige, und daß er den Reichspräsidenten einseitig informiere. Die ganze Angelegenheit wäre sehr unwichtig — sie ist dann auch durch Vergleich und Revozierung beigelegt worden — wenn einige Äußerungen des Reichspressescheffs und Sozialdemokraten Dr. Zechlin nicht wert wären, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden.

Dr. Zechlin stellt ausdrücklich fest, daß er den „Vorwärts“ wiederholt gebeten habe, Angriffe auf das italienische Regierungssystem zu unterlassen, wie er auch, das sei der Objektivität wegen festgehalten, die Rechtspresse gebeten habe, in den Angriffen gegen das republikanische Spanien Zurückhaltung zu üben. Er habe insbesondere immer auf die Presse einzuwirken gesucht, Beleidigungen gegen den Chef der italienischen Regierung zu unterlassen.

Dr. Zechlin als Beamter bekundet ausdrücklich, daß er ein politisches Neutrum sei. Das ist sicher korrekt für einen Beamten. Aber es ist schwer verständlich, wie ein Sozialdemokrat unter seinem Eid versichern kann, daß er alles getan habe, um Angriffe gegen den Faschismus, die der Reichsregierung außenpolitisch sehr unbequem seien, zu mildern.

Verständlich wohl, daß Dr. Zechlin es als eine unerhörte Beleidigung empfindet, als ein Feind des italienischen Volkes bezeichnet zu werden. Das würden wir uns auch verbitten. Aber um so unverständlicher für einen Menschen aus Fleisch und Blut seine Erklärung:

„Ich bin nicht einmal ein Feind des italienischen Faschismus. Es ist Sache des italienischen Volkes, seine Regierungsform selbst zu bestimmen, und ich lehne jede Stellungnahme dazu ab!“

Uns scheint, der sozialdemokratische Reichspresseschef hat allerdings den Reiz der Seltenheit für sich. Er ist ein weißer Rabe ohne auch nur ein einziges rötlich gefärbtes Federchen. Wenn der Sozialdemokrat Dr. Zechlin seinen Beamtenbratenrock anzieht, dann fällt alles menschliche Denken und Fühlen von ihm ab. Dann läßt er die Sonne seiner Gunst über Gerechte und Ungerechte scheinen. Dann frißt er ebensowenig Bolschewisten wie Faschisten, und ob Spanien republikanisch ist oder monarchistisch oder irgend was anderes, den sozialdemokratischen Reichspresseschef Dr. Zechlin berührt es nicht. Er ist, wie gesagt, ein Neutrum.

Unter den Beamten dieser „Republik“ hat der Reichspresseschef wirklich ungewöhnlichen Seltenheitswert, er ist ein rarer Vogel. Seine Kollegen vom Hakenkreuz — und nicht nur die vom Hakenkreuz — fühlen sich anders und machen es anders. Und damit kommen wir zu der sehr ersten Seite dieses Falles: Dr. Zechlin ist der Prototyp

Diktaturdrohung über Spanien Neue verschärfte Kämpfe

TU. Madrid, 5. Januar.

In ganz Spanien häufen sich die Zusammenstöße mit der Polizei. In Jerez (Provinz Valencia) bedrohten Landarbeiter einen Grundbesitzer. Herbeigerufene Polizeitruppen, die von den Landarbeitern tödlich angegriffen wurden, verteidigten sich mit Schusswaffen. Dabei wurden zwei Landarbeiter getötet und zwölf zum Teil schwer verletzt.

In Daimiel kam es zwischen Arbeitern und Arbeitgeber zu Streitigkeiten, in deren Verlauf zwei Personen verwundet wurden.

Der Oberkommandierende der Guardia Civil hielt bei der Beerdigung der vor einigen Tagen gelynchten vier Polizisten eine Ansprache. Er erklärte, er habe seit den Kämpfen mit den Rifkabylen keine in derart bestialischer Weise verstümmelte Leichen gesehen und forderte strengste Maßnahmen zum Schutze der Polizei.

*

Der Oberkommandierende der Guardia Civil (der Gendarmerie), der General Sanjurjo, hat nach einem Bericht des Pariser „Journal“ (der allerdings von anderer Seite auch schon dementiert wird) der Regierung ein Ultimatum gestellt und mit einer neuen Militärdiktatur gedroht, nachdem vorher die Gendarmerieoffiziere eine Entschließung gefaßt hatten, die scharfes Vorgehen gegen die Unruhestifter verlangte.

Der General hat dem Innenminister gegenüber rund heraus erklärt, daß er vor allen Dingen sich als Krieger fühle und daß er, wenn man ihn dazu zwänge, nicht zögern würde, alle „Ordnungselemente“ um sich zu versammeln, um, auf sie gestützt, „Frieden und Disziplin“ auf der Halbinsel wieder herzustellen.

Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß Lerroix, von dessen Staatsstreichplänen wir gestern berichteten, und Sanjurjo zusammengehen. Das ist um so wahrscheinlicher, als Lerroix früher schon die Absicht gehabt hat, die Alleinherrschaft an sich zu reißen, daran

jedoch durch die Drohung der Sozialisten mit dem Aufstand gehindert wurde. Nun scheint ihm die Zeit vielleicht gekommen, seine Herrschaft „im Dienste der Ordnung“ aufzurichten, den möglichen Fortgang der Revolution endgültig zu unterbinden, die Diktatur des Kapitals uneingeschränkt mit Hilfe der Gendarmerie zu beginnen.

USA in Nöten

Hoovers SOS-Ruf — Autarkie-Rezept

TU. Washington, 4. Januar.

Präsident Hoover hat dem Kongreß eine Sonderbotschaft übermittelt, in der er die schnellste Erledigung der Wirtschaftsvorlagen fordert. Hoover hebt hervor, daß die allgemeine Wirtschaftslage zur Zeit schlimmer sei, als noch vor wenigen Wochen, wo er die Gründung der Wiederaufbaugesellschaft empfahl. Er ist der Ansicht, daß Amerika sich unabhängig von der übrigen Welt wirtschaftlich wieder erholen könne.

Almosen statt Recht

Washington, 5. Januar.

Der Senat nahm mehrere Entschließungen an, die die Verteilung von vierzig Millionen Scheffel Getreide aus den Beständen des Farmboard an die Arbeitslosen vorsieht. Das Repräsentantenhaus hat sich noch nicht mit den Entschließungen beschäftigt.

Unruheherd Lateinamerika Belagerungszustand über Honduras

TU. New York, 5. Januar.

Infolge revolutionärer Umtriebe im Nordwesten von Honduras, besonders in der Nähe der Grenze von Guatemala, hat die Regierung von Honduras den Belagerungszustand erklärt.

Vor neuen Massen-Entlassungen

WTB. Kattowitz, 5. Januar.

Die Verwaltung der Wolfgang-Grube und der Wawel-Grube in Ruda hat die Entlassung von über 500 Arbeitern angekündigt. Der Demobilisierungskommissar hat bereits seine Einwilligung gegeben. — Die Florentine-Grube will gleichfalls mehrere hundert Arbeiter entlassen, und zwar alle, die Invalidengelder beziehen oder keine Familie zu ernähren haben. Ferner hat die Verwaltung beschlossen, turnusmäßig 10 Prozent der gesamten Belegschaft, das sind etwa 170 Mann, ohne Bezahlung zu beurlauben. — In der Guidotto-Hütte sollen weitere 150 Mann abgebaut werden. Der Belegschaftsrat dieses Werkes fordert jedoch, zunächst die hier in großer Anzahl beschäftigten Galizier abzubauen. — In der Königs-Hütte wurde, nachdem vor etwa drei Monaten allen Beamten und Angestellten das Dienstverhältnis gekündigt worden war, jetzt 170 Beamten mitgeteilt, daß man auf ihre Dienste endgültig verzichtet.

60 Nazis verhaftet

Aber nur wegen Flugblatt-Verteilung

Hamburg, 5. Januar.

Die Hamburger Polizei hat am Montag und Dienstag etwa 60 Nationalsozialisten in den verschiedenen Stadtteilen festgenommen. Wie von der Polizei mitgeteilt wird, erfolgte diese Maßnahme, weil die Nationalsozialisten Flugblätter verteilt hatten, die der Polizei nicht vorschriftsmäßig 24 Stunden vorher vorgelegt worden waren. Die Verhafteten werden wahrscheinlich dem Schnellrichter zugeführt werden.

Trotzki-Anhänger verhaftet. Nach einer Meldung aus Pokrowsk (der Hauptstadt der Wolgadeutschen-Republik) wurde der deutschstämmige russische Kommunist Schmidt unter der Beschuldigung verhaftet, Propaganda im Sinne des Trotzkismus betrieben und sich damit gegen die Interessen der Parteilitung vergangen zu haben.

seiner sozialdemokratischen Staatspolitiker, die sich mit Haut und Haar, mit Herz und Hirn, mit Fühlen und Denken dem Staatsapparat verschrieben haben, der doch nichts anderes ist, als ein Machtinstrument in den Händen der herrschenden Klasse, in diesem Fall also eine Maschine zur Unterdrückung des deutschen Proletariats. Die Neutralität der Zechlinie und der sozialdemokratischen Staatspolitiker überhaupt bezieht sich eben nicht nur auf Regierung und Regierungsform ausländischer Staaten, sie übt ihre lähmende Wirkung aus auch dem Staat gegenüber, dessen Bürger — Bürger im doppelten Sinne des Wortes — sie sind. Der Staat wird als ein Absolutum zum Idol erhoben und jede politische Stellungnahme gegen diesen Staat oder seine Aktionen wird demzufolge zum Sakrileg.

Vom Einzelfall Zechlin aus wird die katastrophale Politik der Sozialdemokratie verständlich, durch ihn unterstrichen. Das ist die Lehre dieses Prozesses; es ist eine sehr ernste, die sozialdemokratischen Genossen sehr tief angehende Lehre.

Staats-Komödie

Severing ist wieder gut

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Der Vorsitzende der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens, Polizeioberst a. D. Dillenburger, hat am 5. Januar 1932 dem preussischen Minister des Innern eine schriftliche Erklärung überreicht, in der es heißt:

„Die Vereinigung bedauert die von ihr nicht beabsichtigte und nicht veranlaßte Presseveröffentlichung der am 9. 12. 1931 vorzutragenden Stellungnahme zum Fall Levit, da hierdurch der Eindruck einer Mißtrauenskundgebung gegen den Herrn Minister erweckt worden ist. Solches Mißtrauens- oder Vertrauensvotum gegen einen Ressortchef auszusprechen, ist aber ein Verbot gar nicht bevollmächtigt. Vielmehr ist solches Votum nur eine Waffe im parlamentarischen Kampf. Ebensovienig ist ein Verbot befugt, in den Dienstbetrieb einzugreifen. Solcher Eingriff ist auch von der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens mit ihrer Stellungnahme nicht beabsichtigt gewesen. Es sollte vielmehr mündlich die Auffassung der Vereinigung zum Fall Levit vorgetragen werden. Um aber in Zukunft ähnlichen Mißdeutungen oder unerwünschten Presseveröffentlichungen vorzubeugen,

wird die Vereinigung gegebenenfalls keine derartig scharf pointierten Äußerungen mehr schriftlich festlegen, sondern die betreffende Angelegenheit durch mündlichen Vortrag erledigen.

Die von einem Teil der Presse oder anderen Organisationen aus oben erwähnter Stellungnahme herauskonstruierten Zweifel in die Verfassungstreue der Polizeioffiziere entbehren jeder, auch der schwächsten Grundlage. Die Vereinigung hat das stets offen betonte Ziel, für engsten Zusammenhalt und unbedingte Mannezzucht innerhalb der Schutzpolizei zu arbeiten und einzutreten für strengste Innehaltung der Verfassung, und sie wird darin ihrem Ressortchef die unbedingte Gefolgschaft leisten, ebenso wie zur Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Staatsform.“

Daraufhin hat der preussische Minister des Innern die gegen die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens getroffenen Maßnahmen aufgehoben.

*

Und der deutsche Staatsbürger kann nunmehr aufatmend seufzen: Ende gut, alles gut und sich beruhigt die Zipfelmütze übers Ohr ziehen. Die Polizeioffiziere sagen's in Zukunft dem Minister nur noch ins Ohr; und natürlich sind sie ganz und gar verfassungstreu. So treu wie der Herr Levit. Und das genügt ja!

Regierungssturz in Anhalt

WTB. Dessau, 5. Januar.

Der Anhaltische Landtag nahm heute mit 19 gegen 17 Stimmen einen Mißtrauensantrag der Deutschenationalen an, der der Regierung das Vertrauen entzieht. Die Regierungsneubildung dürfte auf größte Schwierigkeiten stoßen, da die Rechte ihre Absicht, eine bürgerliche Regierung zu bilden, nicht durchsetzen kann, da die Kommunisten den Ausschlag geben.

Die 19 Stimmen für das Mißtrauensvotum setzen sich zusammen aus 16 Stimmen der Rechten und 3 der Kommunisten.

Stilhalte-Verlängerung?

TU. Berlin, 5. Januar.

Wie von unterrichteter Seite nunmehr bestätigt wird, verhandelt das Stilhaltekomitee in Berlin nur noch den Plan einer Verlängerung des bisherigen Stilhalteabkommens um ein Jahr, sowie gewisse Verbesserungen des bisherigen Abkommens. Alle anderen Pläne scheint man hingegen fallen gelassen zu haben.

Tschiangkaischek wartet

Moskau (über Kowno), 4. Januar.

Tschiangkaischek hat die Forderung der chinesischen Generale, sich an die Spitze der chinesischen Regierung zu stellen, mit der Begründung abgelehnt, daß er die Einigkeit zwischen Nanking und Kanton nicht zerstören wolle.

Finnland will wieder trinken. Der Präsident hat beschlossen, für den 19. Januar das Parlament zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen, in der die Aufhebung des Alkoholverbots zur Beratung stehen soll.

Vorläufig keine Streik-Abstimmung

Berliner Gasarbeiter-Konflikt vor der Beilegung

Am Montagabend nahm eine Funktionärversammlung der Berliner Gas- und Wasserarbeiter des Gesamtverbandes, an der auch die Funktionäre der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) teilnahmen, einen Bericht des Kollegen Schaum über den Stand der Verhandlungen entgegen. Schaum berichtete, daß nochmals Besprechungen mit verantwortlichen Stellen des Magistrats stattgefunden hätten, die durch Vermittlung des Bürgermeisters Lange am Dienstag vormittag zu Ende geführt würden. Schaum schlug vor, den Beschluß über die Urabstimmung, der ursprünglich in dieser Versammlung gefaßt werden sollte, zu vertagen und den Obleuten die Entscheidung zu übertragen. Diese solle Mittwoch früh gefaßt werden.

In der Diskussion wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß eine Lohnkürzung über die in der Notverordnung vorgesehene Höhe hinaus unter keinen Umständen angenommen werden dürfe. Zwei kommunistische Kollegen wandten sich gegen den Vorschlag der nochmaligen Vertagung und forderten den Beschluß auf Urabstimmung. Nachdem sich auch das Vorstandsmitglied Pollenske für die Vertagung eingesetzt hatte, wurde gegen wenige Stimmen entsprechend beschlossen.

Wie ein Berliner Mittagsblatt mitteilt, ist mit einer Einigung auf der Basis zu rechnen, daß der vierprozentige Lohnabbau über die Notverordnung hinaus nicht sofort, sondern erst „nach Ablauf einer gewissen Frist“ vorgenommen wird. Eine Äußerung Pollenskies, daß mit einer gütlichen Einigung zu rechnen sei, läßt diese Mitteilung als wahrscheinlich erscheinen.

Die starke SAP-Fraktion in den städtischen Betrieben ist entschlossen, sich mit aller

Schärfe gegen ein etwaiges faules Kompromiß zu wenden. Die „Rote Fahne“ freilich erhebt bereits das fällige Verratsgeschrei und beschuldigt die SAP-Funktionäre, daß sie „die treuesten Schildknappen der SPD-Bürokratie“ seien. Um was es ihr hierbei zu tun ist, verriet sie im nächsten Satz. „Ihr ganzes Einheitsfrontgeschwafel“, so schreibt das Blatt mit Bezug auf die SAP, „erweist sich jetzt als fauler Zauber“. Was die Kommunisten also drückt, ist die Furcht, daß die Initiative der SAP tatsächlich die Schranken der Parteien zu durchbrechen vermag. Darum genügt ihnen schon die Tatsache, daß die SAP-Funktionäre zunächst eine abwartende Stellung einnehmen, um derart sinnlose Behauptungen aufzustellen. Wären die Kommunisten wirklich wachsame Hüter der Belegschaftsinteressen, dann hätten sie ihre früheren Machtpositionen doch wohl nie verlieren können.

Verhandlungen mit dem Magistrat

Berlin, 5. Januar.

Im Berliner Rathaus begannen heute vormittag gegen 12 Uhr die erneuten Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonflikts bei den städtischen Gas- und Wasserwerken und der BVG, zu denen auf Grund eines Schreibens der Gewerkschaft Bürgermeister Lange als Stellvertreter des beurlaubten Oberbürgermeisters Dr. Sahn eingeladen hatte. An den Verhandlungen, die im Zimmer des Bürgermeisters Lange stattfanden, nahmen außer ihm der Dezernent für die städtischen Werke, Bürgermeister Elsas, und der Stadtkämmerer

Asch seitens des Magistrats teil, ebenso Direktor Alexander von den Gaswerken und Direktor Brolat von der BVG. Als Verhandlungsführer des Gesamtverbandes traten Polenske vom Hauptvorstand und der Bevollmächtigte Schaum von der Berliner Ortsverwaltung auf. Die Gewerkschaftsvertreter verlangten, daß durch die frühere Notverordnung verlangte Angleichung der Löhne an die Reichsarbeiterlöhne unterbleibe und nur ein 10prozentiger Lohnabbau auf Grund der letzten Notverordnung erfolge.

Der neue Vorschlag

Behördlicherseits wird mitgeteilt:

Die auf Wunsch des Gesamtverbandes anberaumte Aussprache über die Neugestaltung der Arbeiterlöhne in den Berliner Städtischen Werken und bei der BVG hat heute zwischen Vertretern des Magistrats Berlin, Bürgermeister Lange und Bürgermeister Dr. Elsas sowie Stadtkämmerer Ashch und den beteiligten Werksdirektoren und Vertretern der Gewerkschaften stattgefunden. Es bestand Uebereinstimmung, daß ab 1. Januar die durch die Notverordnung vorgeschriebene zehnprozentige Lohnkürzung durchgeführt wird. Darüber hinaus wurde seitens der Gas- und Wasserwerke vorgeschlagen, für den Fall der Verstärkung mit den Gewerkschaften ab 1. Januar eine Kürzung um einen Pfennig, ab 15. März um einen weiteren Pfennig vorzunehmen. Bei der BVG wird für den Fall der Verstärkung die in Aussicht genommene Streichung der Frauenzulage von zwei Pfennig wieder aufgehoben. Die Vertreter der Gewerkschaften behielten sich die Stellungnahme ihrer Organisation vor.

Die Streiks im Reich

Gefängnisstrafen im Ruhrgebiet

Essen, 4. Januar.

Vor dem Schnellrichter in Gelsenkirchen hatten sich heute mehrere Personen zu verantworten, die sich gestern auf einer Werksversammlung den polizeilichen Anordnungen widersetzt hatten. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Frank-Berlin wurde zu 3 Monaten 1 Woche Gefängnis verurteilt. Zwei weitere Angeklagte erhielten je drei Wochen Gefängnis.

Auch in Recklinghausen wurden zwei Kommunisten zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie kommunistische Flugblätter verteilt hatten.

In Gelsenkirchen hatten sich am Montagabend vor dem Schnellrichter der kommunistische Reichstagsabgeordnete Walter Frank aus Berlin und drei andere Personen zu verantworten, die am Sonntag bei der Auflösung einer Belegschaftsversammlung durch die Polizei festgenommen worden waren. Der Versammlungsleiter, Reichstagsabgeordneter Walter Frank, wurde zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Zwei weitere Angeklagte erhielten je 8 Wochen Gefängnis.

In Recklinghausen standen zwei erwerbslose Kommunisten vor dem Schnellrichter, die am Sonnabend KPD-Flugblätter „aufreizenden Inhaltes“ verteilt hatten. Sie wurden zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Hochwasserkatastrophe

Riesige Ueberschwemmung bei Kehl

Kehl, 5. Januar

Der am Montag gemeldete Dambruch der Kinzig bei Kehl hat eine Hochwasserkatastrophe gebracht, durch die das Gebiet östlich Kehls bis nach Auenheim bedroht ist. Durch die entstandene Lücke des Dammes ergossen sich ungeheure Wassermassen in das neue Flußbett, das diese nicht mehr fassen konnte und rasch überflutete. In hohen Wellen wälzten sich die Wasser in das Vorgelände des ehemaligen Exerzierplatzes nach Auenheim zu. Bald stand das ganze Neudorf einen halben Meter hoch unter Wasser. Die Ställe mußten schleunigst geräumt und das Vieh in Sicherheit gebracht werden. Auch das Oberdorf kam in die Gefahr, von rückwärts überflutet zu werden, da sich die Wassermengen am alten Kinzig-Damm stauten und zurückgedrängt wurden. Es wurde fieberhaft gearbeitet, um den Fluten einen neuen Abzugsweg zu schaffen. An der durchbrochenen Eisenbahnüberführung wird Tag und Nacht gearbeitet. Bis gegen Mitternacht war es nicht möglich, den frei in der Luft hängenden Gleisen eine feste Unterlage zu schaffen. An der Einbruchsstelle der alten Kinzig wird ebenfalls versucht, die Wassermassen zu dämmen, was bis gegen Mitternacht auch zeitweise gelungen war.

Zwei Todesopfer des Hochwassers

Kassel, 5. Januar

Die Weser ist infolge der Schneeschmelze über die Ufer getreten und hat die Niederung kilometerweit überschwemmt. Bad Eilsen steht unter Wasser. Im Dorfe Huntmuthsachsen wurde ein Knabe von den hochgehenden Fluten fortgerissen und ertrank.

Clausthal-Zellerfeld, 5. Januar.

Wie aus Lerbach gemeldet wird, trat der Fluß Lerbach über die Ufer; mehrere Brücken stürzten ein. Mehrere Stallungen mußten wegen Einsturzgefahr abgerissen werden. Aus Wildemann wird berichtet, daß die Bahngleise an zwei Stellen auf etwa 100 Meter unter spült worden sind und frei in

der Luft hängen. Bei einem Brückeneinsturz kam der Mühlenbesitzer Haupt ums Leben.

Nach einer Meldung aus Goslar wurde die Hausfront einer Holzbearbeitungsfabrik in einer Länge von über 30 Metern von der Gose unter spült und stürzte ein. Das Gebäude mußte gestützt werden. Die im oberen Gosethal nach Clausthal führende Harzstraße wurde in einer Biegung in zwei Teile zerrissen. In einer Länge von 50 Metern wurden Erdmassen abgespült.

Die Donau steigt!

Wien, 5. Januar.

Die Donau führt Hochwasser. Der Strom ist von gestern auf heute um vier Meter gestiegen. Das sogenannte Inundationsgebiet ist überschwemmt.

Hochwassergefahr in Polen

Warschau, 5. Januar.

Auch in Polen drohen Ueberschwemmungen. In den letzten Tagen sind einige Flüsse, insbesondere Bug und Narew aus den Ufern getreten, so daß ganze Ortschaften von ihren Einwohnern geräumt werden mußten. Der Eintritt von neuem Frost hat die weitere Ausdehnung der Ueberschwemmung zunächst aufgehalten, doch haben sich große Eistaunungen gebildet, und man befürchtet, daß bei neuem Tauwetter verschiedene Deiche durchbrechen werden. Die Regierung hat alle Ortsbehörden aufgefordert, bereits jetzt Vorichtsmaßnahmen dagegen zu treffen.

Trockenlegung der ostpolnischen Sümpfe

Warschau, 5. Januar

Eine polnische Ministerialkonferenz hat für die Arbeiten zur Trockenlegung der Sümpfe von Polzesien ein eingehendes Programm aufgestellt. Wie der Minister für öffentliche Arbeiten mitteilt, wird die wissenschaftliche Vorbereitung des Trockenlegungswerkes im Frühjahr soweit abgeschlossen sein, daß dann die eigentlichen technischen Arbeiten bereits beginnen können.

Erraffter Reichtum

Wie amerikanische Vermögen entstanden • Von M. Hübner

75 Millionen Mark in
22 Minuten verdient!

II.

Das Vanderbilt - Vermögen

Wenige Tage vor dem Tode Cornelius Vanderbilts verordnete ihm der Arzt zur Anregung Champagner. „Champagner“, stöhnte der Besitzer eines 100-Millionen-Vermögens. „Jeden Morgen eine Flasche! Nein, Sodawasser wirds auch tun, denke ich!“ Das ist die Charakteristik des Mannes, der lange Jahre seines Lebens keinen glühenderen Wunsch kannte, als der reichste Mann Amerikas zu werden. Mißtrauisch, verschwiegen und geizig, das war der populäre Multimillionär Vanderbilt. Unwissend schon als Knabe, konnte er auch im Alter die einfachsten Worte nicht richtig schreiben und Zeitgenossen erzählen, daß er ein Kauderwelsch von Roheit und Dialekt gesprochen habe.

1794 als Sohn eines Fährmannes auf Staten Island geboren, verdiente er sein erstes Geld im väterlichen Beruf, wurde Kapitän und baute schließlich auf eigene Rechnung Dampfer. Er setzte sich in der Folge rücksichtslos durch, und es gelang ihm nach und nach, alle seine Konkurrenten zu Fall zu bringen.

Vor allem, da er es verstand, die Löhne seiner Arbeiter noch niedriger zu halten als jede Konkurrenz und so die Preise und für seine inzwischen geschaffenen Dampferlinien die Tarife zu unterbieten.

Das erste große Geschäft und der Grundstock seines Vermögens stammen aus Subventionen. Vanderbilt hatte bei vom Staat subventionierten Schiffahrtlinien, welche die Subsidien durch Bestechung erhalten hatten, seine Machtstellung als Reeder dahin ausgenutzt, daß er sich von ihnen unter der Androhung, Konkurrenz zu betreiben, an den Subventionen beteiligen ließ. Er wird der Erpressung beschuldigt, und eine eingesetzte Kommission stellt einwandfrei fest, daß er u. a. von zwei Linien 10 000 und 30 000 Dollar monatlich erhielt; aber es wird, wie immer in solchen Fällen, nichts gegen ihn unternommen. Es waren im Laufe der Jahre Millionen, die Vanderbilt auf diese Weise geschenkt erhielt und die einzig vom Staat, also von der Allgemeinheit, aufgebracht werden mußten.

Mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges war das Reedertum in eine schwere Krise geraten, die aber dank dem Bedarf der Bundesregierung an Schiffen, sich zu einem Großverdiensten entwickelte. Vanderbilt im besonderen, ließ sich von der Regierung zum Ankäufer der Schiffe unter General Bank ernennen. Die zu ungewöhnlich hohen Preisen durch ihn angekauften Schiffe waren alt und so schlecht, daß in einem Falle bei völlig ruhiger See vor den Augen der entsetzten Soldaten des Transportdampfers ganze Planken sich lösten. Es war ein Wunder, daß sich keine Unfälle ereigneten, zumal „Commodore“ Vanderbilt, trotzdem nur seetüchtige Ozeanschiffe gebraucht wurden, ohne Bedenken auch Küstenfahrzeuge charterte. Infolge dieser Vorfälle kam es zu einem öffentlichen Skandal, und ein zweites Mal wurde um Vanderbilt eine Untersuchungskommission eingesetzt. Die daraus sich ergebende Resolution erkannte auf Fahrlässigkeit. Als sie jedoch im Senat zur Abstimmung kam, hatte Vanderbilts Einfluß und Geld erreicht, daß sein Name gestrichen wurde. Southard, durch dessen Vermittlung er allein Schiffe kaufte, war der Sündenbock.

Der nunmehr 70jährige Vanderbilt wird auf zehn Millionen geschätzt.

In den nun folgenden 15 Jahren verdiente Vanderbilt über 90 Millionen Dollar. Die nicht versiegende, immer größere Profite abwerfende Verdienstquelle war das Eisenbahnwesen. Nachdem er die New York- und Haarlem-Eisenbahn und die New York- und Hudson River-Eisenbahn in seinen Besitz gebracht und einige Millionen mit ihrer Verschmelzung verdient hatte, brachte er die New Yorker Zentralsisenbahn an sich, indem er sie ruinierte. Er erhielt am 20. Mai 1869 von der Regierung durch Bestechung, trotz vieler Proteste der Öffentlichkeit, das Recht, die Zentralsisenbahn mit seinem Eisenbahnsystem zu verschmelzen. Gleichzeitig erhielt er eine kostenlose Konzession und andere Privilegien von ungeheuren Werte, sowie die Bewilligung zur Erhöhung des Aktienkapitals um „nur“ 44 Millionen Dollar, was einer Verdoppelung des Aktienkapitals entsprach. Da Vanderbilt fast ausschließlicher Besitzer der Aktien beider Bahnen war, wiederholte sich das Großverdiensten. Croffut erzählt, daß er aus dieser Transaktion eines Abends von seinem Schwiegersohn nicht weniger als sechs Millionen Dollar in Banknoten und 20 Millionen in neuen Aktien als seinen Gewinnanteil abholte. Da die Kosten der Drucklegung der Aktien zu Lasten der fusionierenden Gesellschaft gingen, hat Vanderbilt tatsächlich diese Millionen völlig umsonst erhalten.

So brachte Vanderbilt Bahn um Bahn an sich, und während sich sein Vermögen in diesem unglaublichen Maße häufte und sein Einkommen ins Gigantische wuchs, kürzte er den

Tagelohn seiner Führer und Kondukteure bei 15stündiger Arbeitszeit von 2,25 auf 2 Dollar, um noch höhere Dividenden einheimen zu können.

Als aber Vanderbilt von seinen Millionen eine Million Dollar für die Gründung der Vanderbilt-Universität stiftete und schließlich eine Kirche schenkte, war die gesamte Welt voll des Lobes über die Mildtätigkeit und Freigebigkeit. Niemand erwähnte mehr die dunklen Affären, in die er verwickelt gewesen, niemand mehr die Beschuldigungen, die gegen ihn zu Recht erhoben worden waren, und niemand mehr die unsauberen Geschäfte, denen er seinen Reichtum verdankte. Man vergaß, daß er

seine Arbeiter am schlechtesten entlohnt hatte: Der geizige, skrupellose und egoistische Vanderbilt war zum Nationalhelden avanciert...

Seine Nachkommen fügten ohne Schwierigkeiten noch weitere Eisenbahnen ihrem Besitz hinzu und dehnten ihre Interessen auf die Industrie aus. Sein Haupterbe, William H. Vanderbilt, verdoppelte in sieben Jahren das ererbte Vermögen und hinterließ 200 Millionen Dollar.

Das Mammutvermögen erbten seine Söhne Cornelius und William K. Vanderbilt, die es wiederum vervielfältigten. Sie weigerten sich, in ihren vielen Betrieben ihren Arbeitern ein paar Cent Lohnerhöhung zu bewilligen, ließen

sich aber die Heiraten ihrer Töchter mit europäischen Aristokraten, weil dies in Mode kam, 15 bis 20 Millionen Dollar kosten.

Aber das bedeutete für den Reichtum der Vanderbilts nichts, deren Eisenbahninteressen allein jährlich über 30 Millionen Dollar abwerfen. Hinzu kommen noch fürstliche Einkünfte aus Industriebesitz, Wertpapieren, Obligationen usw., die einzuschätzen dem Außenstehenden überhaupt nicht möglich ist. Diese jährlichen Revenuen werden erarbeitet von einem Heer Schaffender, die denkbar schlecht entlohnt in dürftigsten Verhältnissen ihr Leben fristen — zum Vorteil der Familie Vanderbilt. (Schluß folgt.)

Ärztliche Entdeckungen

Eine Heilmethode für Blinddarmentzündung?

Die Untersuchungen des Direktors am Hygienischen Institut in Landsberg, Prof. Dr. R. Hilgermann, bei der Behandlung von Blinddarmentzündungen durch neuartige Methoden, ergeben in der medizinischen Welt großes Aufsehen. In Deutschland sterben im Jahre nicht weniger als 4000 Menschen an Blinddarmentzündungen. Diese Todesfälle sind aus dem Grunde besonders tragisch, weil in erster Linie ganz gesunde Menschen davon unmittelbar betroffen werden; dazu noch an einem Organe, das man als völlig zwecklos bezeichnen kann und das noch als vorzeitliches Ueberbleibsel vom Menschen mitgeschleppt wird. Doppelt begreiflich, daß sich die Aerzte um die Beseitigung dieses Uebels bemüht haben.

Es gibt keinen besonderen Erreger der Blinddarmentzündung, vielmehr können verschiedene Erreger von Krankheiten den Blinddarm infizieren und somit eine Entzündung herbeiführen. Wie die besetzten Wurmfortsätze bei bakteriologischen Untersuchungen stets ergaben, fanden sich verschiedenartige „Kleinlebewesen“, die man als Erreger anzusehen hatte. Diesen Feststellungen zufolge schloß Hilgermann, daß es wohl für alle Zeit unmöglich sei, ein einziges Serum zu gewinnen, das bei jeder Blinddarmentzündung mit Erfolg zur Anwendung gebracht werden kann. Infolgedessen muß in jedem Falle der betreffende Erreger festgestellt werden, um die nötige Serumbehandlung einleiten zu können. Dabei kommt natürlich das betreffende Serum in

Frage, das sich jeweils spezifisch gegen den vorliegenden Erreger richtet. So z. B. bringt man nach dieser Methode das Diphtherieserum gegen den Diphtheriebazillus, der die Blinddarmentzündung verursacht, zur Anwendung. Es gelang Hilgermann, das neue Verfahren bei einer Epidemie von „stürmisch verlaufender Blinddarmentzündung“, von der über 300 Personen erfaßt waren, mit den angezeigten Seren und mit gewissen Medikamenten erfolgreich anzuwenden. Hier bestand das Verfahren seine Feuerprobe.

★

Der Erreger der Kinderparalyse festgestellt

Wie die Londoner „Times“ aus San Francisco melden, ist es dem Prof. Ebersson von der medizinischen Fakultät in San Francisco gelungen, den bisher unbekanntem Erreger der Kinderparalyse festzustellen und unter dem Mikroskop sichtbar zu machen. Die von ihm an Affen durchgeführten Impfungen mit den gefundenen Bazillen haben gezeigt, daß es sich tatsächlich um den Erreger dieser gefährlichen Kinderkrankheit handelt. Eine zweite wichtige Entdeckung auf medizinischem Gebiete wurde von Dr. Langley-Porten an der Universität von Wisconsin gemacht, dem es gelang, ein neues Anästhetikum, das Diäthyläther zu finden, welches viel wirksamer als Chloroform ist, ohne dessen nachteilige Wirkungen für Herz und Magen herbeizuführen. Die damit durchgeführten zahlreichen Versuche haben günstige Ergebnisse gezeigt.

Eine Ziffer, die Bände spricht

125 000 Selbstmorde in acht Jahren

Die amtliche Selbstmordstatistik, die jüngst in Berlin veröffentlicht wurde, stellt fest, daß in den letzten acht Jahren 125 000 Leute in Deutschland durch Selbstmord aus dem Leben geschieden sind. Eine Selbstmörderarmee, die ein furchtbares Zeitdokument ist! Nach den statistischen Erhebungen waren die Hauptursachen der Selbstmorde

Not und wirtschaftliches Elend.

Die meisten der Selbstmörder haben einfach aus Hunger und Verzweiflung ihrem Leben ein Ende gemacht. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der über 60 Jahre alten Selbstmörder beträchtlich gehoben. Das Kontingent stellten zum großen Teil Privatis, welchen die Inflation und Wirtschaftskrise den letzten Heller entzogen hat. Dazu kommen ferner pensionierte Beamte über 60 Jahre, die bei der mageren Pension nur vegetieren, ohne leben zu können. Die Zahl dieser Selbstmörder ist doppelt so groß wie die Zahl der Selbstmörder unter den jüngeren Beamtenjahrgängen. In Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern ergab sich eine um ein

Seine Frau vergiftet?

Bad Kreuznach, 5. Januar.

Vor einigen Tagen starb im benachbarten Brauweiler eine Frau. Die Leiche der Frau wurde beschlagnahmt und zur Leichenöffnung dem Krankenhaus zugeführt. Die Untersuchung ergab den dringenden Verdacht einer Arsenvergiftung. Dadurch werden auch die fürchtbaren Schmerzen, die die Frau vor ihrem Tode hatte, erklärlich. Ihr Mann, ein Metzger aus Brauweiler, und dessen Vater wurden verhaftet.

Belgien bestellt Militärflugzeuge in England. Die belgische Regierung hat bei der Fairey Aviation Company Militärflugzeuge im Gesamtwerte von 300 000 Pfund Sterling bestellt. Das ist der größte Auftrag, den eine ausländische Regierung bisher der britischen Flugzeugindustrie erteilt hat.

Die Chicagoer Finanzkatastrophe

14 000 Schullehrer seit April ohne Gehalt

Die Finanzlage der Stadt Chicago hat zur Folge gehabt, daß rund 14 000 Schullehrer seit April kein Gehalt mehr bekommen haben. Diese Lehrer, die außerdem jetzt noch einem Gehaltsabbau unterworfen werden, haben in einer Eingabe den Staat gebeten, den Weiterbetrieb der Schulen zu ermöglichen. In Chicago mußten am letzten Montag nicht weniger als neun Abendschulen geschlossen werden, weil die Stadt kein Geld mehr für Heizung, Beleuchtung und Lehrergehälter aufbringen kann. In drei Vorstädten von Chicago sind schon früher Schulen auf unbestimmte Zeit geschlossen worden.

Die von der Stadt den Lehrern geschuldeten Gehälter belaufen sich zur Zeit auf 20 Millionen Dollar.

Vier Menschen durch eine Lawine getötet

Warth (Vorarlberg), 5. Januar.

Im Hofalp-Paß bei Krumbach wurden vier Personen von einer Lawine verschüttet und getötet. Die Verunglückten stammten aus Nürnberg und Stuttgart.

Ausbau im Pariser Untergrundnetz

Der Pariser Stadtrat hat die Auflegung einer städtischen Anleihe von 400 Millionen Franken genehmigt, die zum Ausbau des Pariser Untergrundnetzes verwendet werden soll.

Deutschland militärischer Lehrmeister

Der Washingtoner Korrespondent der New York Times will erfahren haben, daß das amerikanische Marine-Departement die Pläne für fünf im Bau befindliche 10 000-Tonnen-„Vertragskreuzer“ abgeändert hat, um aus diesen Fahrzeugen Schlachtschiffe nach dem Vorbild des Panzerschiffes „Deutschland“ zu machen.

Farce des Nationalismus



Der japanische Kapitalismus schiebt Tausende von Soldaten in den „Heldentod“ für den Profit. Dafür achtet er auf die Einhaltung der religiösen Übung, wonach alle Gefallenen in der „geweihten“ japanischen Erde bestattet werden müssen. Das Bild zeigt die Ueberführung japanischer Gefallenen von der Mandschurei in ihre Heimat.

